



21.02.2020 – 18:12 Uhr

## Suchtmittelproblematik: Bildungsministerin informiert sich aus erster Hand

Vaduz (ots) -

Am Freitagnachmittag, 21. Februar 2020, hat Bildungsministerin Dominique Hasler die Schulleiterinnen und Schulleiter der Sekundarschulen sowie die Schulsozialarbeitenden zu einer ausserordentlichen Konferenz in das Schulhaus Giessen in Vaduz eingeladen. Wichtige Ziele der Konferenz bestanden darin, direkt zu hören wie die Lage an den Schulen eingeschätzt wird, die Massnahmen zu koordinieren und zu klären, was seitens des Ministeriums und des Schulamtes die Erwartungen sind.

"Das direkte Gespräch mit den Schulleiterinnen und Schulleitern unter Einbezug der Schulsozialarbeitenden war mir sehr wichtig", erklärt Regierungsrätin Dominique Hasler ihre Beweggründe für die Einberufung der ausserordentlichen Konferenz. "Die Schulen nehmen das Thema sehr ernst und leisten ihren Beitrag in dieser gesellschaftlichen Herausforderung."

Bei der Problematik mit Suchtmitteln von Jugendlichen handelt es sich um ein gesamtgesellschaftliches Thema. Es kann nur gelöst werden, wenn alle Akteure gemeinsam an einem Strang ziehen. Neben den Lehrpersonen und der Schulsozialarbeit, die eine wichtige Rolle übernehmen, sind dies die Eltern, andere Bezugspersonen, die Suchtprävention Liechtenstein, die Kommission für Suchtfragen, die Ärzteschaft, die Landespolizei, die Vereine sowie die gesamte Jugendarbeit. Generell wird sich die Gesellschaft und die Politik künftig intensiver mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie Druck und Stress reduziert und junge Menschen in einem positiven Freizeitverhalten bestärkt werden können.

Denn gesellschaftliche Entwicklungen weisen auf ein verändertes Konsumverhalten hin, welches einerseits auch jüngere Jugendliche erreicht und andererseits allgemein andere Substanzen betrifft. Eine Entwicklung, die gemäss den Konferenzteilnehmern einer differenzierten Betrachtung bedarf. Bei der Thematisierung der Massnahmen, welche bereits an den Schulen umgesetzt werden, zeigt sich, dass sich die Schulen ihres Auftrags im Bereich der Aufklärung, Prävention, Persönlichkeitsstärkung, Kompetenzvermittlung, Früherkennung und Information bewusst sind. Sie nehmen sich den einzelnen problematischen Fällen an, denn jeder Fall ist einer zu viel. Es kam aber auch klar zum Ausdruck, dass die grosse Mehrheit der Jugendlichen keinen problematischen Umgang mit Suchtmitteln hat und die Jugend daher nicht unter Generalverdacht gestellt werden sollte.

Information zur Rechtslage

Zu Beginn der Konferenz wurde erneut auf die geltende Rechtslage hingewiesen. Alle Personen und somit auch die Lehrpersonen haben den klaren gesetzlichen Auftrag, bei begründetem Verdacht auf schwerwiegende Kindeswohlgefährdung das Amt für Soziale Dienste zu verständigen. Hierzu gehört auch eine Suchtmittelabhängigkeit. Bei weniger schwerwiegender Gefährdung besteht ein Melderecht. Zudem besteht eine Anzeigepflicht an die Landespolizei bei Verdacht auf strafbare Handlungen.

An der Konferenz besprochene Massnahmen

Bereits zum heutigen Zeitpunkt wird an den Schulen sehr viel getan. So organisiert die Schulsozialarbeit Workshops für Lehrpersonen und für Schulklassen, um für die Thematik zu sensibilisieren. Des Weiteren besuchen im Sinne der Aufklärung vermehrt Lehrpersonen mit ihren Klassen die Landespolizei. Inhalte zur Prävention gibt auch der neue Lehrplan vor. So findet entsprechender Fachunterricht statt und das Thema wird an Projekttagen bearbeitet. Ganz im Sinne des übergeordneten Ziels der Schule, die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Ein Ziel der ausserordentlichen Konferenz war auch die Erarbeitung von zusätzlichen Massnahmen, welche von den Schulen als notwendig erachtet werden. Ein wichtiges Fazit war, dass seitens der Eltern ein grosses Informationsbedürfnis besteht. Die Schule wird im Rahmen ihres Auftrages ihr Informationsangebot verstärken. Es ist wichtig, dass die Eltern und die Schule zum Schutz der Jugendlichen zusammenarbeiten. Die Eltern werden daher gebeten, sich bei Fragen und Problemen an die Schulsozialarbeit, Lehrpersonen oder Schulleitungen zu wenden.

Bildungsministerin Dominique Hasler bedankte sich am Schluss bei allen Beteiligten für ihr Engagement in dieser wichtigen Thematik.

Kontakt:

Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt  
Arnold Kind, Leiter Schulamt  
T +423 236 67 70